

Parlamentarischer Vorstoss

2017/132

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Interpellation von Sara Fritz, Grüne/EVP-Fraktion: Abschaffung der obligatorischen Hundeausbildung SKN

Autor/in: [Sara Fritz](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 23. März 2017

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Im Jahr 2005 kam es im Kanton Zürich zu einem tödlichen Angriff mehrerer Pitbulls auf einen Jungen. Danach wurden im nationalen Parlament Stimmen laut, welche die Einführung eines obligatorischen Hundekurses für alle Hundehalter forderte. Dieser Forderung kam der Bundesrat nach: Seit 2008 musste bei jedem Hundekauf ein Kurs absolviert werden. Die Kurse stiessen sowohl bei grossen Teilen der Bevölkerung als auch bei Tierärzten auf gute Akzeptanz.

Trotzdem haben National- und Ständerat die obligatorische Hundeausbildung im Jahr 2016 per 1.1.2017 bereits wieder abgeschafft.

Im Kanton Basel-Landschaft ist das Obligatorium – da es an einer kantonalen gesetzlichen Grundlage fehlt – per 1.1.2017 ebenfalls aufgehoben worden.

Es stellen sich deshalb die folgenden Fragen:

1. Haben im Kanton Basel-Landschaft seit der Einführung der obligatorischen Hundeausbildung Vorfälle, wie etwa Hundebisse, abgenommen?
2. Können Verhaltensunterschiede zwischen Personen mit oder ohne absolvierter Hundeausbildung beobachtet werden?
3. Wie viele Hundebesitzer haben den Kurs trotz Obligatorium nicht besucht?
4. Was wurde von Seiten Behörden unternommen, wenn ein Hundebesitzer den Kurs nicht besuchte?
5. Es scheint unbestritten, dass ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Allerdings hat die Bundeslösung nicht vollständig überzeugt. Wurde im Kanton Basel-Landschaft über Alternativen zur gänzlichen Streichung dieser Kurse (z.B. Obligatorium nur noch für erstmalige

Hundebesitzer oder Attest nach Kursbesuch, das überhaupt erst zum Hundekauf berechtigt) nachgedacht?

6. Wie soll in Zukunft im Kanton Basel-Landschaft die Bevölkerung vor der Gefahr von Hundübergriffen geschützt werden?
7. Die Hundeprüfung war auch eine gewisse Einstiegshürde, um spontane und nicht überlegte Hundekäufe zu verhindern. Wie gedenkt der Regierungsrat dieser Problematik in Zukunft entgegenzuwirken?

Ich bitte die Regierung um schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen.